

# Dresdner Volkszeitung

Postkontor: Dresden.  
Adress-Comp., Nr. 1288.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Postkonto:  
Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 27,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 81,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 40,00 M., Einzelnummer 1,50 M.

Druckerei: Zeitungsverlag 10, Tel. 25261.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Zeitungsverlag 10, Tel. 25261.  
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9 gespaltene Nonpareilzeile 7,00 M., Familienanzeigen 5,00 M., die 9 gespaltene Nonpareilzeile 27,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Brieflieferung 2 M.

Nr. 136

Dresden, Mittwoch den 14. Juni 1922

33. Jahrg.

## Kreuz und Krone

### Oesterreichs Todeskampf

Das Ministerium Seipel, das schwärzeste Ministerium, das Oesterreich bisher gehabt hat, ist von dem Gesichtspunkte aus, daß endlich Klarheit geschaffen wird, durchaus zu begrüßen. Denn der Verfall und wüßliche Wankung Dr. Seipel wurde nicht erst dadurch, daß er das Amt des Bundeskanzlers übernahm, der Leiter der Oesterreichischen Politik. Schon seit den Oesterreichischen Wahlen des Jahres 1920, bei denen die Christlichsozialen zur stärksten Partei wurden, hat er hinter den Kulissen die Drähte gezogen, und es dürfte nichts gefehlt haben, wenn er nicht seine Zustimmung gegeben hätte. Aber es wußte den Christlichsozialen, das ist Herr Seipel, nicht, selbst die Verantwortung zu übernehmen. Sie hatten in den Wahlen alles viel versprochen, wovon sie nun nicht erfüllt werden konnten: hatte doch Herr Dr. Seipel noch wenige Wochen nach den Wahlen versprochen, daß man in ganz kurzer Zeit die Krone stabilisieren werde. Doch dessen ist dann die Krone nahezu von einem Tag zum anderen tiefer gesunken, so daß sie jetzt nur noch ein Bruchteil des Wertes gibt, den sie am Ende der Koalitionsregierung hatte. Schöpfung des Kronenmarkts, Einziehung der Notenmassen, Abbau der Preise, das alles hatten die Christlichsozialen den Wählern versprochen. Aber sie wußten, daß sie das nicht erfüllen können — aus objektiven Gründen nicht, weil der niedrige Kronenkurs die Folge einer durchaus wässrigen Handelsbilanz ist, und aus subjektiven Gründen nicht, weil sie die einzigen Mittel, das einigermassen Erfolg bringen kann, die starke Besetzung des Kapitals, nicht anwenden dürfen. Also weigerten sich die Führer, selbst die Regierung zu übernehmen; denn der Bankrott dieser wäre doch gar zu offen vor dem Volk der Christlichsozialen Partei gewesen.

Nun aber, nach Rücktritt des Kabinetts Schober, über den wirklichen Leiter der Politik nichts andres übrig, als auch formell die Führung der Regierung zu übernehmen. Und der Herr Dr. Seipel hat sich ein Kabinett aus seinen Bekannten bilden können. Er hat dabei selbst in seiner Partei von den Bekannten nur die Ältergetreuesten genommen. Man kann ruhig sagen, daß es von den Christlichsozialen gerade ihre schwärzeste, ihre sterblichste, ihre reaktionärste, ihre launig noch verkappt monarchistische Gruppe ist, die an der Macht ist. Diese Gruppe, die sich um ihr Zentralorgan, die Reichspost, gruppiert und die schon jetzt die Wiener Christlichsozialen Partei fast vollständig repräsentiert, die aber auch den demokratischen bürgerlichen Flügel durch die Wahlen beherrscht und dadurch, daß sie die bürgerlichen Interessen ohne jede Scham vertritt. Es ist damit auch jene Gruppe am Ruder, die über die Macht der Arbeiterklasse empört ist, und die, um diese Macht im Interesse der alten Mächte zu brechen, mit den industriellen Schmarotzern Hand in Hand gehen will.

Das „Gelobte Land“ der Christlichsozialen sieht nun freilich ganz anders aus, als gewiß die meisten ihrer Gläubigen es sich ausgemalt hatten. Am 31. Mai wurde die Regierung Seipel gewählt, seit diesem Tage ist sie im Amt. Am 1. Juni galt der Dollar noch 11 1/2 Kronen, am 12. Juni schon fast das Doppelte, nämlich 21 5/6 Kronen. Und der Sturz geht schmerzhaft immer weiter. Die Börse ist zum Kollaps gekommen, Panikstimmung herrscht im Bürgertum. Alles verliert, keine Kronen loszulassen und ausländisches Geld dafür zu erwerben. Ein Verkaufsstreit hat in Wien eingelegt. Der noch etwas an Lebensmitteln oder Textilwaren kaufen kann, zahlt bereitwillig dafür Phantasiepreise. Mit einem Wort: Oesterreich steht vor dem finanziellen Zusammenbruch.

Und was tut die Christlichsoziale Regierung in diesen Stunden größter Not? Sie mahnt väterlich, Ruhe und kaltes Blut zu bewahren. Sie baut auf Gott, da die Ententemächte zwar viel versprochen, aber nicht ein einziges ihrer Versprechen halten. Und faltet die Hände: Herr, schick, was du willst! Der Finanzminister (ausgerechnet!) namens Segur tröstete am Sonntag auf dem Katholikentag des Stadtteils Möblich seine Schafe: „Was brauchen wir uns noch zu fürchten? Glauben Sie wirklich, daß unsere Gegner Instände sind, ein solches Volk zu bezwingen? Heute müssen wir den Schwur leisten, in jeder Lebenslage offen und ehrlich zu sagen: Wir sind Katholiken, wir sind auch bereit, für unsern Glauben zu kämpfen und zu sterben.“

Aber nicht allein im Lande scheint die Märtyrerkrone begehrt zu werden. Sie suchen eine andre Erlösung aus dem irdischen Jammertal als den Tod im Glauben. Das ganze Oesterreichische Volk, so schreibt die Wiener Arbeiterzeitung, abgesehen von den wenigen Schwärzgelben, sieht den einzigen Ausweg aus der hoffnungslosen Lage in einem wirtschaftlichen Anschluß an Deutschland. Daß die Regierung nochmals an die Entente appelliert, ist zwecklos und hoffnungslos. — Ähnlich schallt es auch in den bürgerlichen Mänteln. Ein Teil von ihnen verlangt sogar, Oesterreich solle sich, da es kein Gebot kennt, über die Entente hinweg mit dem Vorkriegsstande politisch vereinigen. — Das deutsche Volk, besonders die Arbeiterklasse, die die Not kennt, würde dagegen nichts einwenden; denn „Armut gibt der Armut gern“. Nur der Deutschen Tageszeitung wird bei der Aussicht auf den Anschluß

bedenke. Für sie hört das Stammesgefühl und Christentum, die sie sonst nicht laut genug betonen kann, auf in dem Augenblick, wo das eigene Risiko beginnt.

Aber den Weg zu Deutschland versperrt die Entente, und ohne der wirtschaftliche Anschluß vollzogen ist, ist der völlige Zusammenbruch vielleicht schon erfolgt. So schwebt Oesterreich zur Stunde über dem Abgrund. Es wäre sicher anders gekommen, hätte die Sozialdemokratie ihre Finanzreformpläne verwirklichen können. Das mag sich Deutschland zur Warnung dienen lassen! Auch wir nähern uns von Tag zu Tag mehr Oesterreichs Zuständen — wollen wir seinem Schicksal entgehen, ist es höchste Zeit, rücksichtslos gründliche Maßnahmen, vor allem die Ergründung der Goldwerte, durchzuführen.

### Frankreich gegen den Anschluß

Paris, 13. Juni. Der Senat beschloß heute mit dem von der Kammer bereits angenommenen Gesetz über einen Kredit von 50 Millionen Franc an Oesterreich. Im Verlauf der Debatte sprachen sich mehrere Senatoren gegen einen Anschluß Oesterreichs an Deutschland aus, insbesondere der Reichsrat Herr Dr. Schöner, der erklärte, daß Oesterreich vom Selbstbestimmungsrecht mit großer Aufmerksamkeit beobachtet werden müsse. Frankreich müsse daher Maßnahmen treffen, um die österreichische Republik den Händen Deutschlands zu entreißen und eine Donaurepublik vorbereiten. Herr Branger sprach sich aus finanziellen Gründen gegen eine Kreditgewährung aus, die jedoch aus politischen Gründen zu befürworten sei. Frankreich müsse vor allem eine Donaupolitik betreiben und dem mächtigen Selbstbestimmungsrecht in Oesterreich Widerstand leisten.

Paris, 13. Juni. Der Senat beschloß heute mit dem von der Kammer bereits angenommenen Gesetz über einen Kredit von 50 Millionen Franc an Oesterreich. Im Verlauf der Debatte sprachen sich mehrere Senatoren gegen einen Anschluß Oesterreichs an Deutschland aus, insbesondere der Reichsrat Herr Dr. Schöner, der erklärte, daß Oesterreich vom Selbstbestimmungsrecht mit großer Aufmerksamkeit beobachtet werden müsse. Frankreich müsse daher Maßnahmen treffen, um die österreichische Republik den Händen Deutschlands zu entreißen und eine Donaurepublik vorbereiten. Herr Branger sprach sich aus finanziellen Gründen gegen eine Kreditgewährung aus, die jedoch aus politischen Gründen zu befürworten sei. Frankreich müsse vor allem eine Donaupolitik betreiben und dem mächtigen Selbstbestimmungsrecht in Oesterreich Widerstand leisten.

## Killinger freigesprochen

Der Prozeß, der eine Woche lang vor den Offenburger Geschworenen verhandelt wurde, ist mit einem Freispruch zu Ende gegangen. Die Vernehmungen drehten sich um die Frage, ob der ehemalige Marineoffizier Killingier die Tat und die Flucht der Erzberger-Mörder Schulz und Tillesen begünstigt hat oder nicht. Es ist schwer, einen Geschworenenwahrspruch nach Prozeßberichten zu beurteilen, denn solche Zeitungsbereiche können nur einen begrenzten Teil des Geschehens wiedergeben. Trotzdem erscheint es uns, daß der Staatsanwalt des Offenburger Gerichts die Sachlage richtig beurteilt, wenn er in seiner Anklage die Beziehungen Killingiers zu den Mördern nach der Tat für erwiesen und den Tatbestand der Verhelfung für gegeben erachtet. Der größte Teil des Prozeßes beschäftigte sich mit der Unternehmung des Erzberger-Mordes. Es ist ein in der Rechtspflege seltener Vorgang, daß die meiste Zeit eines Prozesses mit eingehenden Zeugenvernehmungen über die Schuld von Mördern ausgefüllt wird, die man noch nicht dingfest gemacht hat. Aber da Killingier der Verhelfung beschuldigt war, mußte die Täterschaft der Schulz und Tillesen erst nachgewiesen werden. Und so beleuchtete denn der Prozeß noch einmal das ganze Bild jener Schandtat, die dem Schicksal der sogenannten Organisation C entspringen ist.

Es liegt noch ein Prozeß wegen Geheimbündelei bevor, in den Killingier und andre herbeizitiert sein werden, die dieser Mörderorganisation C (Consul Ehrhardt) angehörten. Dabei wird in dieses Mordbrennereis hoffentlich kräftiger hineingeleuchtet werden, als bei diesem Prozeß. Aber auch was jetzt zutage kam, läßt einen verwundert fragen: Wo haben denn Polizei, Staatsanwälte, Behörden in den letzten Jahren eigentlich ihre Augen gehabt, daß diese Geheimorganisationen ihr Treiben so lange ungehindert betreiben durften? Killingier war einer ihrer Offiziere. Wie sich die ganze Organisation hauptsächlich zusammensetzte aus reaktionären Teilnehmern, die sich nicht dreinscheiden können, daß die Zeit der wilhelminischen Offiziersherrlichkeit vorüber ist, aus Narren, die mit Feine, Dolch und Verschwörung glauben. Politik machen zu können, aus Landknechten, die sich aus Nordhandwerk des Weltkrieges gewöhnt hatten. Unter den Mitgliedern gehörte die Frage, welche Staatsmänner auf die Seite gebracht werden mußten, zu den Tagesgesprächen. Das Geld spielte keine Rolle. Geld war da, und eine ganze Herde Schmarotzer scharten sich offenbar um diese Gelder. Wo stammt es her? Auch darüber hat der Prozeß keine Aufklärung gebracht. Aber erwiesen ist, daß es kapitalistische Leute in Deutschland gibt, die sich die Befestigung der Republik und unbehaglicher Staatsmänner gern etwas kosten lassen wollen. Schulz und Tillesen trennten nach dem Erzberger-Mord mit gefüllten Briefstaschen prahlen. In Budapest führten sie ein luxuriöses Leben in ersten Hotels. Als ihnen dort deutsche Polizeibeamte auf die Spur kamen, ließ die Budapest Polizei die beiden Mörder auf freiem Fuß, trotzdem sie mit falschen Papieren und tückig-

in Wien, der schnelle Hilfeleistung verlangt, ferner einen Bericht des österreichischen Gesandten in Paris, der die Aufmerksamkeit des Ministerpräsidenten auf Wien lenkt und der Befürchtung Ausdruck gibt, unter den jetzt waltenden Verhältnissen müsse Oesterreich über kurz oder lang der Anarchie verfallen oder von einem andern Staat aufgelöst werden. Auch Senatsbrüder auf die Gewährung eines Kredits an Oesterreich. Nach einigen weiteren Debatten beschloß der Senat in diesem Sinne.

Wel Nutzen kann der französische Kredit Oesterreich nicht. Er gleicht dem Senatskredit, mit dem man einen fast Toten für einen Augenblick wieder aufpumpt. Aus eigener Kraft atmen wird das Oesterreich von heute nie können. Dazu ist sein Körper durch die Anspannungen von St. Germain allzu sehr geschwächt. Die Entente mag sich drehen und wenden wie sie will — erwecket muß sie Oesterreich zugrunde gehen oder es den Anstößig an Deutschland vollständig lassen.

### Sieger Serrati

Rom, 13. Juni. Der Landtag der sozialistischen Partei hat die von der Kammergruppe und dem Gewerkschaftsbund angenommene Tagesordnung Serrati für Unterstützung einer geeigneten Regierung einstimmig verworfen und mit 13 gegen 6 Stimmen bei 5 Enthaltungen eine Tagesordnung angenommen, in der die Haltung der Kammergruppe kritisiert und daran erinnert wird, daß sie das Volksgesetz der sozialistischen Partei zu bleiben habe. Der Gewerkschaftsbund wird an die Haltung des Bündnisvertrages mit der Partei erinnert, um die vom Nationalkongress aufgestellten unversöhnlichen Grundsätze einzuhalten. Die Zeitung „Lavoratore“ schreibt, daß die sozialistische Kammergruppe trotz diesem Bescheid des Landtages die Mitarbeit auf eigene Verantwortung und mit Unterstützung des Gewerkschaftsbundes durchzuführen werde, der sich von der sozialistischen Partei löst.

Damit hat die Richtung Serrati einen „Sieg“ errungen, der für die italienische Arbeiterklasse weitreichende Folgen haben kann. Nicht allein das Zusammenarbeiten zwischen Partei und Gewerkschaften, sondern auch die Einheit der Partei selbst erscheint nunmehr gefährdet, da die realpolitisch denkenden Elemente des Proletariats nicht gewonnen sind, sich weiter dem linken Serratiismus eines selbstherrlichen Parteivorstandes anfügen, der die Kampfpläne an der bisherigen sozialistischen Entwicklung der Dinge trägt.

gehenden Waffen in den Hotels herumlungerten. Die gottliche Ausnahme der beiden blutbefleckten Ehrhardtjünger in Budapest hat bewiesen, daß die deutschen Erzberger-Reaktionäre auf Ungarn und die Polizei Horsths nicht vergeblich vertrauen.

Wie düster es in den Köpfen der Mitglieder der Organisation C ausliegt, erhellten verschiedene Bezeugungen. Es wurde geschimpft auf Erzberger, Regierungsmitglieder, die verurteilten Juden und ohne irgendwelches Verhindern für politische Zusammenhänge. So z. B. galt ein starker Haß den Freimaurern, die am Zusammenbruch Deutschlands schuldhaft sein sollten. Die Freimaurer sind eine politisch harmlos, im Laufe der Jahrzehnte stark vertriebene Organisation von Leuten, die über ihr Vereinsleben den Schleiern von Geheimstatuten zu breiten wußten. Für die Killingier, Schulz und Tillesen genügte der jüdische Einladungsbescheid des Freimaurerbundes, um hier die Quelle alles Übels zu entdecken. Auf dieser Linie bewegte sich das geistige Leben der Verschwörer. Eine Mischung von Mordlust, Verworfenheit und Soldlingsbarbarei.

Daß Killingier als „Vorgesetzter“ der Schulz und Tillesen in die Absichten der beiden eingeweiht war, erscheint uns festzustellen, wenn es auch in diesem Prozeß nicht als erwiesen angeben werden konnte. Aber nur ein Kind kann annehmen, daß er auch nach der Ermordung Erzbergers nicht wußte, wer die Täter waren. Beide hatten sich bei Killingier Urlaub erwirkt. Tillesen blieb darüber hinaus und Killingier, der sich nicht gerade als ein Mann von schlechtem Gedächtnis erwies, besinnlich sich vor Gericht nicht darauf, mit dem vorübergehend zurückgekehrten Schulz über den Verbleib Tillesens überhaupt gesprochen zu haben. Er hatte inzwischen die neueren Berichte über die Ermordung Erzbergers und das auf seine beiden Kameraden passende Signalement der unmöglichen Mörder — und das Fortbleiben Tillesens fiel ihm immer noch nicht auf. Er wußte, daß Schulz und Tillesen versucht hatten, sich Poststempel mit solchem Namen zu verschaffen; über die Erzberger-Mörder wurde jeden Tag in den Zeitungen geschrieben — Killingier jedoch hatte keine Ahnung, wer sie sein könnten. Die biedereren Geschworenen von Offenburger haben das geglaubt. Die Frankfurter Zeitung schreibt in einem Stimmungsbericht:

Die Geschworenen, aus städtischer und ländlicher Bevölkerung gemischt, haben erst die Fersur von Staatsanwalt und Verteidiger zu wässern. Beide machten von ihrem Abwägungsrecht in vollem Umfang Gebrauch. Über die Abwägungsgründe kann sich der Fernstehende schwer ein Urteil bilden. Wenn äußerlich entsteht der Eindruck, daß die Abwägungsgründe um so schwächer sind, je größer die Intelligenz die Geschworenen annehmen. Aber das ist wohl nur ein Vorurteil der alten kritischen Journalisten.

In dieser Kritik der Zusammenlegung des Geschworenengerichts ist weiter nichts zu sagen. Nach allem, was man über die Vorbereitung zu dem Prozesse gehört hat, darf anerkannt werden, daß Polizei und Untersuchungsrichter eine















# Am Begehren der Reaktion beteiligen wir uns nicht! Das ist die Parole der gesamten werktätigen Bevölkerung Sachsens.

## Sächsische Angelegenheiten

### Ein Reinfall der Kommunisten

Wenn man das Geschrei der kommunistischen Presse über die Wahlen nehmen wollte, dann müßte man meinen, daß es in Sachsen kaum noch einen Menschen gibt, der nicht schreiend den von den Kommunisten geforderten sächsischen Betriebsrätekongress zusammenzutreten schon möchte und der nicht hinter ihren sogenannten vier Forderungen steht. Aber der Kundige weiß es schon lange, daß dieser Lärm nur von einem kleinen Schruppen lungenkräftiger Schreihäse ausgeht. Das ist jetzt wieder einmal betriebliegen worden durch die auf Grund der Forderungen der Kommunisten einberufene Vollversammlung der Betriebsräte in Chemnitz, die am Montagabend im Chemnitzer Volkshaus tagte, um Stellung zu der von der R. P. D. verursachten sächsischen Regierungskrise zu nehmen. Nach einem Referat unseres Genossen Veitke und einem Referat des Kommunisten Siwert, die beide Landtagsabgeordnete sind, wurde folgende Entschliessung mit großer Mehrheit angenommen:

„Die am 12. Juni 1922 im Volkshaus tagende Vollversammlung der Betriebsräte hat zu der Forderung der R. P. D., die Einberufung eines Betriebsrätekongresses betr., grundsätzlich zu erklären:

Die Betriebsräteversammlung lehnt die Einberufung eines Betriebsrätekongresses für Sachsen ab, um zu der politischen Krise Stellung zu nehmen, es. Für die politischen Handlungen sind die Fraktionen ihrer politischen Parteien, die die Kandidaten zu den Parlamenten aufstellen und die politischen Richtlinien feststellen, verantwortlich. Da jedes Betriebsratsmitglied die Möglichkeit und die Pflicht hat, sich einer politischen Organisation anzuschließen, entfällt für die Betriebsräte als solche die Möglichkeit und das Recht, sich als Kontrollorgane der politischen Parteien zu betätigen, wie sie es auch ihrerseits ablehnen müssen, von politischen Parteien in ihrer Tätigkeit kontrolliert zu werden.“

Dieser Grundsatze festhaltend, haben die Betriebsräte auf Verlangen der R. P. D. heute zu den 4 Forderungen der kommunistischen Fraktion ausnahmsweise Stellung genommen. Ohne die Wichtigkeit der Bindung und schließlich als Reingewinnung erklären die Betriebsräte nach den Ausführungen der beiden Referenten, daß ihnen die politischen Aussagen der beiden sozialistischen Parteien S. P. D. und U. S. P. als ausreichend erscheinen, die Fraktion der R. P. D. zu veranlassen, für die kritischen Kapitel der Politik und der Justiz zu stimmen. Die Betriebsräte des Industriebezirks Chemnitz würden es nicht verstehen, wenn durch Ablehnung dieser Punkte durch die Kommunisten die Existenz der sächsischen Regierung und der kapitalistischen Mehrheit des Landtages in Frage gestellt würde. Die Verantwortung hätte dann die R. P. D. zu tragen.“

Die Kommunisten wollten die Stimme aus den Reihen hören. Diese Stimme hat in Chemnitz gesprochen. Aber in einem andern Sinne, als es sich die kommunistische Berlin-Moskauer Zentrale und der in seinen Schreihäusern berrannte linke Flügel der R. P. D. getraut haben. Der Chemnitzer Beschuß ist ein erster Schritt an die Kommunisten, die Dinge nicht zu überhumpeln und den Bestand der sozialistischen Regierung in Sachsen nicht zu gefährden. Wie in Chemnitz liegen die Verhältnisse auch anderswo. Überall durchschaut man das leichtfertige kommunistische Spiel und immer es durch die Schuld der Kommunisten wirklich zur Auflösung des Landtages und zum Sturze der Regierung kommen sollte, dann werden sie von der überwiegenden Mehrheit der werktätigen Bevölkerung Sachsens die Quittung erhalten, die sie verdienen.

Die Betriebsräteversammlung nahm außerdem noch Stellung gegen das dreifache Treiben von rechts, das sich den nationalsozialistisch-monarchistischen Regimentsfreieren ausbreitet. Der Wille der Versammlung kam in folgender Entschliessung zum Ausdruck:

„Im ganzen Deutschen Reich wird erneut eine hitleristische nationalsozialistisch-monarchistische Bewegung getrieben. Überall finden Wandernachrichten in Form von Reichentagen und ähnlichen Versammlungen statt. Auch im sozialistisch regierten Sachsen wagt es die Reaktion, die Arbeiterklasse zu provozieren.“

Die Vollversammlung der Chemnitzer Betriebsräte erklärt, daß die Arbeiterklasse nicht gesonnen ist, sich diese monarchistischen Provokationen gefallen zu lassen. Sie fordert die Arbeiterorganisationen, Parteien und Gewerkschaften auf, sofort alle Maßnahmen zu treffen, um jegliche reaktionäre Versammlungen, in welcher Form auch immer, unter allen Umständen und mit allen Mitteln zu verhindern.“

## Marie Wegrainer

Der Lebensroman einer Arbeiterfrau (Von ihr selbst geschrieben)

Der Abend kam, und auch die Frage des Gastes nach der kleinen Rothenburgerin. Marie gab dem Herrn ihre Hand mit dem Gruß: „Guten Abend, Herr Oberstleutnant!“ und blickte auch gleich das Essen auftragen und sich mit ihrem Streifen auf den Tisch setzen. Ja, als die Tante, die nicht wohl war, sich im Nebenzimmer auf ihr Bett gelegt hatte, mußte sie sogar die Unterhaltung allein weiterführen, denn der Onkel und auch Frau Hauertstein, die Pflegenmutter, waren ausgegangen.

Um zehn Uhr, als Marie merkte, daß die Tante eingeschlafen war, und der alte Herr sich zum Fortgehen anschickte, wendete sie selbst das Licht an und ging vorläufigend mit der Korridorin reichte sie den Leuchter, den sie am Handgriff hielt, dem Herrn Oberstleutnant hin, doch dieser lastete aufgeregt daran herum und murmelte etwas auf Französisch, bis es Marie in den Sinn kam, den Leuchter unten anzulassen, so daß der alte Herr ihn am Handgriff lassen konnte. Nun noch ein kurzes Gute Nacht! und sie sog mehr als sie ging die Stiege hinauf.

Am andern Morgen saß Marie: „Marie, du bist ja ein Nordmädchen, hast den Alten heimgeliebt! Das dürfte dir jetzt noch keine!“ „Ja, Onkel“, sagte Marie, „aber er hat mich auf Französisch was geschimpft!“ „Nun, Mädchen, das ist nur gut, daß du mit Französisch gelernt hast, denn du könntest mit wissen mögen, was er dir g'hoßen hat!“ meinte der Herr lachend.

Marie hatte sich nun schon ziemlich in die neuen Verhältnisse gefügt, als der Tag kam, wo ihre Pflegenmutter abziehen mußte. Noch manche Ermahnung gab sie ihr, und unter Tränen und Schläfen trennten sich die beiden.

Hoffte man, daß nun alles gut seinen Weg gehen werde, so kostete man sich getäuscht. Trotz allem Antämpfen und Liebesworte Zureden der beiden Eheleute wurde Marie von Heimweh ergriffen. Sie schlief nicht, konnte nichts essen und lag stundenlang laut schluchzend auf dem Sofa. So ging es volle fünf Wochen lang, und sie war ganz abgemagert und

Die Vollversammlung richtet die Aufforderung an die übrige Arbeiterklasse Sachsens, auch in den andern Orten ähnliche Demonstrationen unabhanglich zu machen.“

### Was begehrt das Sachsenvolk?

Unter dieser Ueberschrift verbreitet der Landesverband Sachsen des Hansabundes ein Flugblatt, in dem als erstrebenswertes Ziel des Volksbegehrens eine Regierung aus Sachverständigen des Wirtschaftslebens bezeichnet wird. Die Parole müßte heißen: nicht Parteipolitik, sondern Wirtschaftspolitik von Männern mit praktischer Erfahrung in die Zusammenhänge der Volks- und Weltwirtschaft, die das Wohl aller im Auge haben. — Es wäre schon gewesen, wenn der Hansabund diese Männer gleich mitgenannt hätte. Man wird nicht fehl gehen, wenn man sie in den Reihen der Großkapitalisten und Industriekapitane sucht. Denn einem simplen sozialdemokratischen Minister traut natürlich der Hansabund den von ihm geforderten Weisheit nicht zu, auch wenn ein solcher Mann, wie mehrfach durch die Tat bewiesen wurde, im kleinen Ringen mehr „praktische Erfahrung in die Zusammenhänge der Volks- und Weltwirtschaft“ hatte als mancher Vertreter des brutalen kapitalistischen Systems im ganzen Kopfe. Der Hansabund will Männer, die „das Wohl aller“ so entschieden währen, daß sie bei jeder Gelegenheit die Befreiung des Wirtschaftstages und die schrankenlose Ausdehnung der Wirtschaft fordern. Die werktätige Bevölkerung weiß also, was ihrer wartet, wenn das, was der Hansabund anstrebt, Wirklichkeit wird. In dieser Erkenntnis lehnt sie die Unterstützung des „Volksbegehrens“ der Reaktion entschieden ab.

### Sächsische Ausführungsverordnung zum Reichsmietengesetz

Das Reichsmietengesetz tritt bekanntlich am 1. Juli in Kraft und es ist verstandlich, daß sich in den Kreisen der Mieter und Vermieter tätlich die Erwartung steigert, wie das Gesetz sich in den Mietten denn nun eigentlich zahlenmäßig auswirken wird, was erst klar werden kann, wenn die vom Gesetz den Ländern bzw. Gemeinden zur näheren Regelung überlassenen Ausführungsbestimmungen getroffen worden sind.

Das sächsische Landeswohnungsamt hat nun den Landtagsabgeordneten, Sachverständigen und Interessentenvertretern den Referentenentwurf einer sächsischen Ausführungsverordnung zum Reichsmietengesetz unterbreitet. Er soll in der nächsten Woche von einem Ausschuss aus diesen Vertreterkategorien durchberaten werden. Da nun in dem Entwurf nur allgemeine Rahmenbestimmungen getroffen werden, für die nähere Regelung den Gemeinden freie Hand gelassen ist, so konten auch aus diesen Ausführungsbestimmungen, falls sie annähernd so bleiben sollten, wie im Entwurf vorgesehen, nähere zahlenmäßige Schlüsse noch nicht gezogen werden. In dem Entwurf ist vorgesehen, daß das Reichsmietengesetz nicht allgemein, sondern zunächst nur in den Städten und in den Landgemeinden gelten soll, deren Verwaltung von einem berufsmäßigen Gemeindevorstand geführt wird. Auch andre Landgemeinden und kleine Städte können unter Umständen von der Geltung des Gesetzes ausgenommen werden. In den von der Geltung des Gesetzes ausgenommenen Gemeinden bleibt die Regelung des Mietzinses, wie bisher, dem freien Ermessen der Einigungsamter überlassen.

In den Orten, wo das Gesetz in Kraft tritt, soll es dem freien Willen von Mietern und Vermietern überlassen bleiben, ob sie sich auf die gesetzliche Miets des Reichsmietengesetzes berufen wollen.

Für die Gestalt des künftigen Mietzinses nach den Vorschriften des Reichsmietengesetzes, der sogenannten „sozialistischen Miets“, sind selbstverständlich die Vorschriften dieses Gesetzes selbst genau beachtet worden. Das Reichsmietengesetz schreibt vor, daß für die Berechnung der gesetzlichen Miets auszugehen ist von dem Mietzins, der für die Zeit vom 1. Juli 1914 beginnende Mietzeit vereinbart war. Dieser Mietzins heißt „Friedensmiets“. Von der Friedensmiets ist zunächst der Betrag abzuziehen, der darin zur Bestreitung von Betriebs- und Instandhaltungskosten enthalten war. Die verbleibende Miets heißt „Grundmiets“. Der Referentenentwurf setzt diese Grundmiets einheitlich für das ganze Land auf 85 v. H. der Friedensmiets fest.

bleich. Da sagte Simpert eines Tages zu seiner Frau: „Babetti, so kann's nei weiter gehn! Ich hab ja das Deatridl sehr in mei Herz g'schloss'n, gab viel drum, wenn wir's behalt'n könn't'n, aber ihr Loos geht mir zu nah, um's länger mitanzuhan'n z' können. Die stirbt uns ja an der schrecklichen Hoamkrankheit. Du muas't deiner Mutter schreiben, sie soll's holen.“

„Aber Simpert, wie denkst du dir denn das“, erwiderte Frau Gruber, „Mariens Mutter will sie doch nichts lernen lassen und so ein schulisches Mädchen muß auch beschäftigt sein. Es bleibt ihr ja nur das Dienen, und da ist sie doch bei uns besser aufgehoben, als bei fremden Leuten. Ich will es ihr morgen noch einmal ernstlich vorstellen, wie schlecht es ihr ergehen könnte, und daß ihr eben nichts anderes übrig bleibt, als sich in die Verhältnisse zu fügen. Vielleicht überwindet sie das Heimweh doch noch.“

Ein langer Brief von Frau Hauertstein, in welchem sie Marie stehentlich bat, doch auszuharren, da es ja nur zu ihrem Besten sei, und ein darin in Aussicht gestelltes, baldiges Wiedersehen zum Oktoberfest bestimmten Marie, sich aufzuraffen und ihrer Arbeit nachzugehen. Langsam erhobte sie sich auch wieder.

Marie konnte nun auch die Sonntagschule besuchen und fand im ersten Ansehen bei ihren Lehrern, weil ein ausserordentlich Ueberwalschen in allen Fächern rote eins, aus Nothenbura für sie eingetroffen war.

„Aber“, sagte eines Tages der Herr Lehrer Dieb, „Ihr habt doch in der Volksschule auch Gedichte lernen und vorzutragen muss'n. Besinnt euch, und wer was wirklich Gutes weiß, melde sich.“

Nachdem ein amores Mädchen etwas vorgetragen hatte, stand auch Marie auf und bat sprechen zu dürfen.

„Das alten Dorfschulmeisters beses Lied.“

„Das ist herrlich gewesen, Kleine“, sagte der Herr Lehrer, „sag mir doch mal, was sind denn deine Eltern?“

„Ich hab bloß eine Mutter“, sagt Marie schachtern, „wir sind arm.“ „Armes Kind, du wirst die Schule des Lebens bitter empfinden!“ meinte Herr Dieb, mehr zu sich selbst. Das Rädern der Mädchen hatte der Lehrer nicht gehört. An demselben Abend müsste Marie, wie immer, dem Herrn Oberstleutnant erzählen, was in der Schule alles vor-

## Stadt-Chronik

### Trara, die Post ist da!

So singt ein altes Kinderlied. Aber es ist eben ein altes Lied. Es stimmt nicht mehr. Meistens ist heute die Post eben noch nicht da. Daran hat man sich schon fast gewöhnt. Trotzdem werden manche Geschäfte- und Privatleute verwundert gewesen sein, als sie ihre schon vor dem Pfingstfest erwarteten Pakete erst am dritten Pfingstfeiertag oder gar erst am Mittwoch erhielten. Nun fliegen die muhigen Beschafterbeschreiber hin und her. Und zu guter letzt wird es heißen, daß das Postpersonal wieder einmal nicht fleißig genug gearbeitet habe. Trag den vielen Aufsichtsbearbeitern.

In Erwartung dessen gibt eine „Indistrete“ Feder dem neugewählten Ortsbeamtenausschuss vom Postamt Dresden 7 und dem Bezirksausfuhrer, Dresden den guten Rat, einmal nachzuforschen, warum die letzten Pakete vom Postamt 7 erst in der Nacht vom Pfingstdienstag zum Mittwoch abgeschickt worden sind, Pakete, die schon vor dem Fest auswärtig aufgesteuert gewesen sind. Das Ergebnis dieser Untersuchung wäre dann bekannt zu geben, um falsche Erklärungen zu verhüten.

Gleichzeitig geht uns aus Breslau eine Notiz zu, wonach dort eine größere Anzahl Briefkästen von den Straßen entfernt worden sind. Warum? Um Arbeitspersonal zu sparen. Zuletzt gibt es bei der Reichspost überhaupt nur noch Aufsicht, und kein Arbeitspersonal; denn an ersterem wird nicht gespart, aber ganz gewiss an letzterem. Wir möchten der Dresdner Handelskammer den Rat geben, schon jetzt bei der Dresdner Oberpostdirektion ein kräftiges Veto dagegen einzulegen, daß etwa auch in Dresden Straenbriefkasten entfernt werden, denn wenn sie einmal beratschunden sind, kommen sie so bald nicht wieder.

### Der Anzeiger des Oberbürgermeisters

An der Haltung des Dresdner Anzeiger zum Volksbegehren übt die Unabhängige Volkszeitung folgende scharfe und berechtigte Kritik, der wir ohne Einschränkung zustimmen. Sie sagt in einem längeren Artikel:

Von den Dresdner bürgerlichen Zeitungen gehört sich ausgerechnet der Dresdner Anzeiger besonders aufdringlich. Am Sonnabend früh brachte er z. B. in der einen Nummer an vier verschiedenen Stellen Nekamenotizen für das Volksbegehren... Angesichts dieses Verhaltens des Amtsblattes haben aber die Dresdner Einwohner, die anderer Meinung sind — und das ist sicher der größere Teil —, Anlaß, doch die Sache auch einmal von einer andern Seite zu betrachten.

Der Dresdner Anzeiger ist nämlich weder Privat- noch Parteiunternehmung. Er gehört vielmehr der Stadt bzw. einer Stiftung, die von Organen der Stadt verwaltet wird, der bekannten Stadteverwaltung. Die Stadteverwaltungen sagen ausdrücklich, daß der Dresdner Anzeiger den Parteien gegenuber eine neutrale Haltung beobachten und möglichst unparteiisch im politischen Sinne sein soll. Die Redakturen, die stadtschick Beamte sind, haben sich nach diesen Vorschriften zu richten. Und sie tun das nicht, so verletzen sie ihre Pflicht! Es kann kein Zweifel daruber bestehen, daß in dem Punkte ständig die Stadteverwaltungen in dieser Hinsicht nicht eingehalten, daß sie aber in dem hier zur Besprechung stehenden Falle auf das größtmögliche berichtigt werden. Denn die geradezu aufdringlich betriebene Propaganda für das Volksbegehren geschieht in einseitigen und ausschließlichen Interesse der bürgerlichen Parteien und sie richtet sich ganz demonstrativ gegen die gesamte sozialistische Linke. Da ist von der erforderlichen Neutralität und Unparteilichkeit keine Spur mehr zu finden! Der Wille des Stifters wird in der skrupellosesten Weise für parteipolitische Zwecke mißbraucht, miachtet und in das gerade Gegenteil verzerrt.

Verträgt die Verantwortung für diesen unerhörten Zustand!

Die Verantwortung der Frage führt zu weiteren interessanten Feststellungen. Die Stadteverwaltung wird bestimmungsgemäß verwaltet vom jeweiligen Oberbürgermeister bzw. vom zweiten Bürgermeister. Und zwar gegen eine respektable Entschädigung im harem Gelde. In der Friedenszeit bezogen die Herren für diese wohl nicht allzu muheliche Arbeit je 10.000 M. pro Jahr. (Ob die Summe zur Zeit in Rücksicht auf die Geldentwertung erhöh't ist, entzieht sich unserer Kenntnis.) Also eine nicht zu verachtende Einkommen war, und auf Wunsch des alten Herrn müsste sie ihr Gedicht nochmals vorlesen und bekam ein Guldensstuck.

„Frau Gruber“ begann andern Tags der Herr Oberstleutnant. „Da ich so allein in der Welt stehe und niemand habe, für den ich sorgen könnte, will ich mich Mariens annehmen und sie ausbilden lassen. Helfen Sie mir die Sache einzuleiten. Vor allem, glaube ich, muß man mit den Lehrern sprechen.“

Es war eine stürmische Nacht. Der Wind riß Blumenstpfe und Fensterläden los, Steine von den Dächern, wirbelte alles durcheinander. Mehr einziger Stern stand am Himmel, und der Regen stoch in Strömen. Nur wenige Menschen waren auf der Straße. Ein Mädchen mit einem Kopfstud bog um die Ecke der Dachauer und Karlstrae und eilte bis zum Aufstaplag und zur Harfstrae. An einem der Häuser machte sie halt und kautete bei Herrn Doktor Rante. Es war drei Uhr nachts. Es wurde geoffnet, der Herr Doktor war es selbst: „Um Gott, das ist ja die Kleine vom Schmeldemeister Gruber! Das muß wohl schlimm sein?“

„Ja, Herr Doktor, Frau Gruber sendet mich. Sie sollten gleich mit mir kommen. Herr Wagenwachter Schuller, welcher direkt unter dem Schlafzimmer des Herrn Oberstleutnant wohnt, hört, als er vom Dienst nach Hause kam, einen dumpfen Hall in der Wohnung des Herrn Oberstleutnant und kam, um Frau Gruber zu wecken. Man holte mich aus dem Bett, und ich müsste gleich zu Ihnen laufen, denn der Herr Oberstleutnant ist schwer krank.“

„Komm mit mir herein“, sagte der Arzt, „und nimm einen Schlud Wein, während ich mich ankleide. Dann wollen wir gehen.“

Es waren rasch zur Stelle. — Aber der Doktor konnte nur noch den Infolge eines Herzschlages eingetretenen Tod des Herrn Oberstleutnant konstatieren, der nach am Tage vorher gesagt hatte, er wolle für Marie sorgen und sie ausbilden lassen, wodurch ihr späteres Leben sicher eine andre Richtung bekommen dürfte. Nun fand sich niemand mehr, der sich ihrer annahm. Das Glück hatte sie nur gestreift und war vorbeigegangen.

(Fortsetzung folgt.)











